



Presseinformation

18.09. 2008

Pressestelle

Innenministerium
Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

**Rede von Innenminister Dr. Ingo Wolf zum Thema
„Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - Für
Vielfalt und Toleranz“**

**am 18.09.2008
in der Plenarsitzung**

Es gilt das gesprochene Wort.



Anrede,

ich begrüße es sehr, dass sich alle Fraktionen gemeinsam so deutlich gegen diesen so genannten Anti-Islamisierungskongress stellen, der am Wochenende in Köln stattfinden soll. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen setzt ein deutliches und notwendiges Signal gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen den Versuch einer rechtextremistischen Gruppierung, durch die Besetzung eines in Köln diskutierten Themas - nämlich des geplanten Moscheebaus - möglichst medienwirksam zu provozieren.

Die Veranstalter dieses Kongresses, Pro Köln bzw. Pro NRW, werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet, da hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vorliegen.

Diese Veranstaltung steht im krassen Gegensatz zu allen Bemühungen den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern und Menschen muslimischen Glaubens zu integrieren. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema wollen die Veranstalter nicht.

Mit Unterstützung ausländischer Redner, die zumindest dem rechtspopulistischen - teilweise auch dem rechtsextremen - Spektrum zuzuordnen sind, sollen hier Menschen einer bestimmten Volks- oder Religionszugehörigkeit ausgegrenzt und Ängste gegen Überfremdung geschürt werden. Es geht dem Veranstalter darum eine ablehnende Haltung gegenüber dem Islam zu demonstrieren. Dabei versucht er den Islam als Religion insgesamt zu diffamieren, indem er ihn mit dem Islamismus gleichsetzt. Positiv ist, dass eine Reihe prominenter Redner die Teilnahme abgesagt hat.

Ein Verbot des „Kongresses“ ist zum jetzigen Zeitpunkt rechtlich nicht möglich. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ist ein hohes Rechts-



gut, das nach dem Bundesverfassungsgericht nur unter engen Voraussetzungen eingeschränkt werden darf. Die Polizei wird weiterhin sehr genau hinschauen, ob sich aus dem Fortgang der Veranstaltung Verbotsgründe ergeben. Ein Verbot kann aber auch nicht die alleinige Antwort der Gesellschaft sein. Es mag kurzfristig ein Problem lösen, beseitigt aber nicht die Wurzel des Übels. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert, sich auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene mit den Extremisten auseinanderzusetzen.

Der Antrag der Fraktionen unterstützt die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung, gegen jede Art von Extremismus konsequent vorzugehen.

Die Polizei geht konsequent gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Straftaten vor.

Der Verfassungsschutz klärt über rechtsextremistische Strategien und Methoden auf. Diese Aufklärungsmaßnahmen umfassen Publikationen wie die Bildungscomics des Verfassungsschutzes: „Andi“ 1 zum Thema Rechtsextremismus und „Andi“ 2 zum Islamismus. Hinzu kommen im Jahr weit über 100 Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, für Multiplikatoren sowie für Jugendliche.

Aufklärung und Information geht aber noch weiter: Gerade im Hinblick auf den Kongress in Köln mit seiner menschenverachtenden und integrationsfeindlichen Ausrichtung ist es wichtig, die Kommunen zeitnah und umfassend zum Themenfeld Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu informieren. Der Verfassungsschutz arbeitet hier ganz eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen. Dabei geht es um Informationen, die in den Kommunen vor Ort besonders hilfreich sind. Die einzelnen Schritte und Projekte hat das Innenministerium nach dem Allfraktionsantrag vom 17.12.2007 zuletzt im Hauptausschuss am 21.08.2008 vor-



gestellt.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gelingt nur dann, wenn unterschiedliche Stellen möglichst eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Dass ein breites Bündnis gegen den Kongress entstanden ist, ist ein deutliches Zeichen unserer wehrhaften Demokratie. Parteien, Gewerkschaften, christliche Kirchen, jüdische Gemeinden u.a. haben zu Gegenveranstaltungen aufgerufen. Mit der Teilnahme von mehreren Tausend Gegendemonstranten ist zu rechnen. Diese breite Gegenbewegung aus der Mitte der Gesellschaft zeigt, dass es Pro Köln und Pro NRW nicht so leicht gelingen wird, durch das Anknüpfen an unterschwellige Vorurteile auf Stimmenfang zu gehen.

Ich rechne damit, dass in Köln am Samstag mehrere Tausend Menschen in der Innenstadt demonstrieren werden. Polizei und Verfassungsschutz bereiten sich seit vielen Wochen professionell auf die Veranstaltung vor. Zur Bewältigung dieses schwierigen Einsatzes steht der Polizei Köln ein Großaufgebot an Einsatzkräften zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen wird hierbei dankenswerter Weise auch durch Polizeikräfte anderer Länder und die Bundespolizei unterstützt.

Sie werden alles tun, damit es friedlich und gewaltfrei bleibt. Mit Sorge sehe ich allerdings, dass Gruppierungen des Linksextremistischen Spektrums angekündigt haben, mit nicht demokratischen Mitteln gegen den Kongress vorgehen zu wollen. Dabei sind Gewalttätigkeiten durch diese Gruppierungen nicht auszuschließen, um den Kongress zu verhindern.



Anrede,

öffentliche Veranstaltungen wie diese, bei denen es darum geht, ausländische Mitbürger auszugrenzen und Ängste gegen Überfremdung zu schüren, sind für die Bürgerinnen und Bürger, vor allem für die hier lebenden Muslime unerträglich. Aufgabe aller demokratischen Kräfte ist es, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz in unserer Gesellschaft zu geben. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Signal am kommenden Wochenende auch von Köln ausgehen wird.